

Niederschrift

über die Sitzung des Rates

am Dienstag, dem 17.03.2009

**Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:**

**I. Öffentlich**

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 03.0.2009

**II. Eingaben an den Rat**

- 3 02 - 14 1044/2009 Verwendung von Mitteln des Konjunkturpaketes II für das BÜ-Kreuzungsbauwerk Felix-Lensing-Straße und für Sanierungsmaßnahmen an der St.-Georg-Grundschule
- 4 05 - 14 1030/2009 Betuwe-Linie, Ausbau im Bereich Hüthum
- 5 05 - 14 1045/2009 Bereitstellung von Mitteln für Freischnitt des Aussichtsplattform auf dem Englischen Hügel in Elten
- 6 07 - 14 1046/2009 Finanzielle Förderung der gemeinnützigen Arbeit der Selbsthilfe e. V. - Verein für Sozialberatung -
- 19 05 - 14 1036/2009 Verkehrsberuhigung Feldhausener Weg in Elten

**III. Vorlagen**

- 7 04 - 14 1018/2009 Offene Ganztagschulen im Primarbereich;  
hier: Beschlussfassung über die Erweiterung der Offenen Ganztagsgrundschule Förderzentrum Grunewald um eine Gruppe
- 8 04 - 14 1019/2009 Offene Ganztagschulen im Primarbereich;  
hier: Beschlussfassung über die Erweiterung der Offenen Ganztagsgrundschule in der Gemeinschaftsgrundschule ‚Hinter dem Mühlenberg‘ um eine Gruppe
- 9 04 - 14 1020/2009 Namensänderung einer Grundschule;  
hier: Beschlussfassung über die Namensänderung der Städt. Gemeinschaftsgrundschule ‚Hinter dem Mühlenberg‘ in Rheinschule Gemeinschafts-Grundschule der Stadt Emmerich am Rhein
- 10 04 - 14 1021/2009 Offene Ganztagschulen im Primarbereich;  
hier: Beschlussfassung über die Umgestaltung der Michael-Gemeinschaftsgrundschule in eine Offene Ganztagsgrundschule

11 02 - 14 1031/2009 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2008

- 22 05 - 14 1049/2009 Umgestaltung Rheinpark
- 12 02 - 14 1026/2009 E1 Haushaltssatzung 2009;  
hier: Beschlussfassung
- 13 01 - 14 1035/2009 Resolution zur Kommunalwahl

#### IV. Anträge an den Rat

- 14 02 - 14 1047/2009 Anträge der Ratsfraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN zum Haushalt 2009
- 15 02 - 14 1040/2009 Anträge der SPD-Ratsfraktion zum Haushalt 2009
- 16 02 - 14 1037/2009 Senkung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B auf den fiktiven Hebesatz
- 17 04 - 14 1029/2009 Mobiliar in den Schulen
- 18 04 - 14 1042/2009 Angemessenes Mobiliar für das Willibrord-Gymnasium
- 20 05 - 14 1039/2009 Schulwegsicherung in Vrsasselt
- 21 05 - 14 1041/2009 Beauftragung eines Planungsbüros zur rechtlichen und planerischen Unterstützung in den Verhandlungen zum Ausbau der Betuwe-Linie
- 23 07 - 14 1043/2009 Einführung eines Sozialpasses
- 24 41 - 14 1038/2009 Einsatz eines Kinobusses
- 25 Mitteilungen und Anfragen
- 26 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Die Mitglieder:

Arntzen, Helmut  
 Bartels, Gerd-Wilhelm  
 Beckschaefer, Christian  
 Bongers, Sandra  
 Braun, Elisabeth  
 Brink ten, Johannes  
 Brockmann, Manfred  
 Diekman, Rolf  
 Elbers, Markus Herbert  
 Gertsen, Gerhard  
 Gies, Norbert  
 Heering, Karin  
 Hinze, Peter  
 Jansen, Albert  
 Koster, Gregor  
 Kukulies, Christoph  
 Kulka, Irmgard  
 Lang, Hermann  
 Lorenz, Marianne  
 Mölder, Manfred



Offergeld, Birgit  
 Roebrock, Wilhelm  
 Sickelmann, Ute  
 Siebers, Sabine  
 Spiegelhoff, Werner  
 Spiertz, Andre  
 Spiertz, Hans Joachim  
 Tapaß, Udo  
 Trüpschuch, Elke  
 Ulrich, Herbert  
 Wardthuysen, Günter  
 Weicht, Sigrid

Entschuldigt fehlen: Jessner, Udo  
 Hövelmann, Gabriele  
 Labod, Jörg  
 Sloom, Birgit

Von der Verwaltung: Bürgermeister Diks, Johannes  
 als Bürgermeister

Erster Beigeordneter Dr. Wachs, Stefan  
 Stadtkämmerer Siebers, Ulrich  
 Barfuß, Arnfried  
 Berk, Melanie  
 Gürtzgen, Stefan  
 Holtkamp, Günter  
 Kraayvanger, Jürgen  
 Lebbing, Martina  
 Schnieders, Elisabeth  
 Sterbenk, Hans  
 Evers, Marita (Schriftführerin)

Vom Eigenbetrieb KBE: Gruyters, Klaus

Vom Eigenbetrieb KKK Rozendaal, Michael

Als Gäste: Balkman, Horst  
 Reinen, Gregor

Der Vorsitzende eröffnet die öffentliche Sitzung des Rates um 17.00 Uhr. Er begrüßt die Damen und Herren des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und der örtlichen Presse, die Vertreter der Stadtparkasse Emmerich-Rees und die Einwohner.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, dass der Tagesordnungspunkt 19 vorgezogen und nach TOP 6 behandelt wird, da sehr viele Anwohner des Feldhausener Weges anwesend sind und der Tagesordnungspunkt 22 nach Tagesordnungspunkt 11 beraten wird, da diese Beratungen noch in den Haushalt einfließen.

**I. Öffentlich**

**1 Einwohnerfragestunde**

1. Info-Veranstaltung Betuwe im Saal Slütter in Vrssett;  
hier: Anfrage des Bürgers Laarakker

Herr Laarakker informiert darüber, dass am 19.03.2009 im Saal Slütter in Emmerich-Vrssett eine Info-Veranstaltung von Bürgern für Bürger betr. der Betuwe stattfindet. Er bittet den Rat um einen neuen Beschluss, der die Betuwe-Linie an die Autobahn A 3 verlegt.

**2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 03.0.2009**

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden keine Einwände erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

**II. Eingaben an den Rat**

- 3 02 - 14 1044/2009 Verwendung von Mitteln des Konjunkturpaketes II für das BÜ-Kreuzungsbauwerk Felix -Lensing-Straße und für Sanierungsmaßnahmen an der St.-Georg-Grundschule**

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Eingabe wurde bereits im Schulausschuss am 11.02.2009 und im Haupt- und Finanzausschuss am 03.03.2009 im Rahmen des Haushaltsplanes 2009 beraten.

Die Verwendung der Zuweisung aus dem Konjunkturpaket II für Straßenbaumaßnahmen ist nach heutiger Kenntnis nicht zulässig. Sofern neben der Finanzierung von größeren Einzelprojekten im Bildungsbereich Mittel aus dem Konjunkturpaket verbleiben, sollen auch die Sanierungsmaßnahmen an der St.-Georg-Grundschule durchgeführt werden.

- 4 05 - 14 1030/2009 Betuwe-Linie, Ausbau im Bereich Hüthum**

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Verwaltung kennt die berechtigten Forderungen der Bürger Hüthums an den Bau und die Gestaltung der Betuwe-Linie in ihrem Ortsteil.

Übereinstimmend kommt das vom Rat der Stadt Emmerich am Rhein verabschiedete Bahnübergangs-Beseitigungskonzept zu der Auffassung, dass im Falle des Hauptbahnübergangs in Hüthum, - dem BÜ Eltener Straße -, eine Eisenbahnüberführung (Trojanlage der B 8) mit Rücksicht auf das Orts- und Landschaftsbild die einzig akzeptable Lösungsvariante darstellt.

Derzeit prüft der Landesbetrieb Straßen LRW noch beide Alternativen, sowohl die Unter- wie auch die Überführung.

Zur Frage geeigneter Lärmschutzmaßnahmen (sprich Lärmschutzwände) steht die Deutsche Bahn AG auf dem Standpunkt, immer nur auf der Seite der Trasse Lärmschutzwände einzurichten, wo eine Wohnbebauung verdichteter Art in unmittelbarer Nachbarschaft diese Schutzvorkehrungen erfordert. Bei einzelnen Häusern am Gleis bzw. Wohnsiedlungslagen in einiger Entfernung (z. B. Hoher Weg in Hüthum) macht die Bahn es von den Immissionswerten vor Ort abhängig, inwieweit sie passive Lärmschutzmaßnahmen (sprich Lärmschutzfenster) vorsieht.

Dem Argument des vielfach angeführten Reflexionsverhaltens von Schall bei einseitiger Errichtung einer Lärmschutzwand, hält die DB-AG entgegen, dass es sich hierbei um hochabsorbierende Wände handele, die keinerlei Geräuschreflexion mehr zuließen.

Die damit einhergehende mögliche zusätzliche Verlärmung schienennaher Wohnanlagen, wird seitens der Stadt im Verfahren weitergehend überprüft werden müssen.

**5 05 - 14 1045/2009 Bereitstellung von Mitteln für Freischnitt des Aussichtsplateau em Englischen Hügel in Elten**

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Eingabe wurde bereits im Ausschuss für Stadtentwicklung am 17.02.2009 und im Haupt- und Finanzausschuss am 03.03.2009 im Rahmen des Haushaltsplanes 2009 beraten.

Der Freischnitt erfolgt durch die Kommunalbetriebe Emmerich am Rhein (KBE) aus Mitteln des Wirtschaftsplanes der KBE.

**6 07 - 14 1046/2009 Finanzielle Förderung der gemeinnützigen Arbeit der Selbsthilfe e. V. - Verein für Sozialberatung -**

Die Mitglieder des Rates der Stadt Emmerich am Rhein sind mit der Verweisung an den Sozialausschuss einverstanden.

Die Eingabe wurde bereits im Haupt- und Finanzausschuss am 03.03.2009 im Rahmen der Haushaltplanung 2009 erörtert.

Verweisung an den Sozialausschuss

**19 05 - 14 1036/2009 Verkehrsberuhigung Feldhausener Weg in Elten**

Mitglied Beckschaefer erläutert den Antrag seiner Fraktion und stellt den Antrag, diesen an den Ausschuss für Stadtentwicklung zu verweisen.

Mitglied Jansen schließt sich dem Antrag an, bittet jedoch vor der Beratung im Fachausschuss eine Verkehrszählung mit Geschwindigkeitskontrolle durchzuführen.

Nach kurzer Diskussion lässt der Vorsitzende über den Antrag von Mitglied Beckschaefer, dem sich alle im Rat vertretenden Parteien anschließen, abstimmen.

Der Rat verweist diesen Antrag an den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

### III. Vorlagen

- 7 04 - 14 1018/2009 Offene Ganztagsschulen im Primarbereich ;  
hier: **Beschlussfassung über die Erweiterung der Offene  
Ganztagsgrundschule Förderzentrum Grunewald  
um eine Gruppe**

Mitglied Hinze stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt, die Offene Ganztagsgrundschule nachfolgender Förderschule um eine Gruppe auf nunmehr 3 Gruppen zu erhöhen

**Förderzentrums Grunewald  
Städtische Förderschule mit den Förderschwerpunkten „Sprache“  
-- Primarstufe --  
und „Lernen“ (LE) und „Emotionale und soziale Entwicklung“ (ES)  
im integrativen Verbund  
-- Primarstufe und Sekundarstufe I --  
Hinter dem Kapaunenberg 3  
46446 Emmerich am Rhein.**

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- 8 04 - 14 1019/2009 Offene Ganztagsschulen im Primarbereich ;  
hier: **Beschlussfassung über die Erweiterung der  
Offenen Ganztagsgrundschule in der  
Gemeinschaftsgrundschule ‚Hinter dem  
Mühlenberg‘ um eine Gruppe**

Mitglied Hinze stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt, die Offene Ganztagsgrundschule der Gemeinschaftsgrundschule ‚Hinter dem Mühlenberg‘ um eine Gruppe auf nunmehr vier Gruppen zu erhöhen.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- 9 04 - 14 1020/2009 Namensänderung einer Grundschule ;  
hier: **Beschlussfassung über die Namensänderung der  
Städt. Gemeinschaftsgrundschule ‚Hinter dem  
Mühlenberg‘ in Rheinschule Gemeinschafts -  
Grundschule der Stadt Emmerich am Rhein**

Mitglied Hinze stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt, die Städt. Gemeinschaftsgrundschule ‚Hinter dem Mühlenberg‘ zum 01. August 2009 (Schuljahr 2009/2010) in **Rheinschule - Gemeinschafts -Grundschule der Stadt Emmerich am Rhein** umzubenennen.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**10 04 - 14 1021/2009 Offene Ganztagsschulen im Primarbereich ;  
hier: Beschlussfassung über die Umgestaltung der  
Michael-Gemeinschaftsgrundschule in eine  
Offene Ganztagsgrundschule**

Mitglied Hinze stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen

Der Rat beschließt, die Michael-Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Emmerich am Rhein im Ortteil Praest zum Schuljahr 2009/2010 zur Offenen Ganztagsschule umzugestalten.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**11 02 - 14 1031/2009 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2008**

Stadtkämmerer Siebers erläutert die Vorlage.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein verweist die Vorlage an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung des Jahresabschlusses 2008 gem. § 101 Abs. 1 GO NW (a.F.).

Der Ausschuss hat sich gem. § 101 Abs. 6 GO NW zur Durchführung dieser Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes zu bedienen.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**22 05 - 14 1049/2009 Umgestaltung Rheinpark**

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erläutert die Stellungnahme der Verwaltung und den jetzigen Verfahrensstand.

Mitglied Spiertz teilt für die BGE-Fraktion mit, dass sie dem Vorschlag der Verwaltung nicht zustimmt. Er erörtert kurz den vorliegenden Antrag seiner Fraktion und stellt den Antrag, dass die vorgesehene Beplanung für den Rheinpark für das Jahr 2009 bestehen bleibt. Im Jahr 2010 werden im Haushalt 500.000 € für die Umgestaltung des Rheinparks bereitgestellt.

Auch im Haushalt 2011 sollen 500.000 € für den Rheinpark in den Haushalt eingestellt werden. Die BGE-Fraktion schlägt vor, diesen Ansatz mit einem Sperrvermerk zu versehen. Er stellt den Antrag, so zu beschließen.

Mitglied Kukulies schließt sich dem Antrag der BGE an.

Mitglied Gertsen verdeutlicht, dass im Fachausschuss beschlossen wurde, in diesem Jahr mit der Planung zu beginnen. Wenn der Haushalt 2010 beraten wird, dann liegen schon deutliche Kostenanschläge vor. Er kann nicht verstehen jetzt schon zu beschließen, Ansätze zu streichen oder mit einem Sperrvermerk zu versehen, wenn noch keine Zahlen vorliegen. Er stellt den Antrag, gemäß Stellungnahme der Verwaltung zu verfahren.

Auch Mitglied Diekman kann dem Antrag der BGE nicht zustimmen. Die Haushaltsansätze werden als Verpflichtungsermächtigung aufgenommen und der Rat entscheidet im jeweiligen Haushaltsjahr über den Ansatz.

Mitglied Sickelmann teilt für ihre Fraktion mit, dass in der Bürgerbeteiligung ein Konzept ermittelt werden soll. In dem vorliegenden Antrag wird schon vieles vorweggenommen, so dass eine Bürgerbeteiligung keinen Sinn macht. Aus diesem Grunde schließt sich ihre Fraktion dem Antrag der BGE-Fraktion nicht an.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, von Mitglied Gertsen abstimmen. Er macht nochmals deutlich, dass diese Haushaltsmittel in den jeweiligen Haushaltsjahre bereitgestellt werden, ob sie denn tatsächlich gebraucht und ausgegeben werden, entscheidet der Rat.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung hat in seiner Sitzung am 18.11.2008 dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Verfahren und dem Projektplan zur Umgestaltung des Rheinparks zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, die entsprechenden Arbeitsschritte durchzuführen.

Das entsprechende Auswahlverfahren der Planungsbüros hat bereits begonnen. Der Ablaufplan sieht vor, zunächst unter Beteiligung der Öffentlichkeit eine Ideenwerkstatt durchzuführen. In diesem Verfahren sollen auch die bislang vorliegenden Planungsvorschläge berücksichtigt werden.

Bei den vorliegenden Vorschlägen handelt es sich um eine sehr große Bandbreite von Pflanzmaßnahmen, Kunst im Park, Umbau und Erweiterung des Haus im Park, Spielplatzumgestaltung und dergleichen. Auch hier zeigt sich, dass hier mitunter umfangreiche Investitionen erforderlich werden können.

Die Verwaltung ist der Auffassung, an dem bisherigen Verfahren festzuhalten. Es besteht keine Notwendigkeit, einem Ergebnis eines öffentlichen Beteiligungsverfahrens vorgreifend, zum gegenwärtigen Zeitpunkt über die Bereitstellung von Haushaltsmitteln zu entscheiden. Das Verfahren sieht vor, nach Vorliegen der Ergebnisse der Planungswerkstatt eine politische Entscheidung zu treffen, wie und in welcher Form die Ergebnisse umgesetzt werden sollen. Die entsprechenden Finanzmittel sind dann im Haushalt 2010 einzustellen.

Beratungsergebnis: 22 Stimmen dafür, 11 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Somit kommt der Antrag der BGE-Fraktion nicht mehr zur Abstimmung.

**12 02 - 14 1026/2009 E1      Haushaltssatzung 2009;  
hier: Beschlussfassung**

Der Vorsitzende erteilt den Fraktionsvorsitzenden das Wort.

Mitglied Gertsen, Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion:

"Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,  
eine lange Zeit der Vorbereitung ging diesem Haushaltsentwurf voraus. NKF – das Zaubeort hat Verwaltung und Politik lange in Atem gehalten. Es gab ja bislang keine Vorlage, die man zum Vergleich heranziehen konnte. Seminare und Schulungen sind der Umstellung voraus gegangen und das, was der Kämmerer dann in die Beratungen einbrachte und was uns heute zur Beschlussfassung vorliegt, ist also der erste buchhalterische Haushalt der Stadt Emmerich am Rhein. Und nicht nur das; es ist ein strukturell ausgeglichener Haushalt und damit kann man von einer gelungenen Premiere sprechen.

Ich gebe gerne zu, dass man sich in diese neue Darstellung hineinarbeiten musste. Ich bin zudem fest davon überzeugt, dass mehr Kolleginnen und Kollegen den Entwurf gelesen und verinnerlicht haben als nur die, die in jedem zweiten Satz erwähnen, dass sie ihn gelesen haben. Und mit dem Lesen alleine ist es ja bekanntlich auch nicht getan. Da muss auch schon das Verständnis hinzukommen, das man einem Entwurf zunächst auch seine Zustimmung erteilen muss, um ihn in Kraft zu setzen. Sich in der HFA-Sitzung hinzusetzen und vollmundig zu erklären: „Wir unterstützen den Ansatz für den Rechts- und Planungsbeistand im Betuweverfahren, einen Betrag von 100.000€ bereit zu stellen“ und dem Haushalt dann die Zustimmung zu verweigern – sorry da kann ich nur sagen: nicht verstanden – setzen.

Ich habe vorsichtshalber den Duden zur Hand genommen, um die Unterschiede in der Denkweise - die uns da offenbar trennen - überhaupt in Worte kleiden zu können. Der Duden spricht bei zielgerichtetem Verhalten von **Politik** und bei der Sucht die Gunst der Massen zugewinnen von **Populismus**. Und nichts anderes als blanker Populismus verbirgt sich hinter dem Antrag die Grundsteuer und die Gewerbesteuer schon jetzt wieder auf den alten Stand zu senken.

Als die Steuern erhöht werden mussten, haben alle Parteien an diesem Tisch erklärt, die Steuersätze wieder senken zu wollen, wenn absehbar ist, dass die Finanzlage dies auch langfristig zulässt. Aus der Tatsache, dass die Gewerbesteuereinnahmen im letzten Jahr höher waren als in den Haushaltsansätzen prognostiziert, nun bereits ableiten zu wollen, der Zeitpunkt für Steuersenkungen sei nun gekommen, ist wohl etwas zu kurz gesprungen. In der Außendarstellung macht sich das natürlich ganz toll. Steuersenkungen zu fordern ist ein leichtes, wenn man darauf vertrauen kann, dass die anderen sowieso dagegen sind und die Forderung nicht umgesetzt werden muss. Politische Verantwortung, verehrte Kolleginnen und Kollegen sieht anders aus. Überhaupt, so scheint es mir, gibt es bei dem einen oder anderen an diesem Tisch so etwas wie *bad Money* und *good Money*. *Bad Money* sind demnach alle städtischen Einnahmen, die sich aus Gebühren herleiten, die von den Bürgerinnen und Bürgern direkt erhoben werden - ganz gleich ob es nun Abwassergebühren oder Nutzungsentgelte sind, Anliegergebühren oder andere Gebühren, von denen der Gesetzgeber vorsieht, dass sie kostendeckend erhoben werden sollen. *Good Money* ist nach dieser Unterteilung all das Geld, das der Stadt scheinbar von irgendwoher zufließt. Schlüsselzuweisungen und Landeszuschüsse sind somit gerne genommene Einnahmen. Wir sollten dabei aber nicht aus den Augen verlieren, auch die Steuergelder stammen von Unternehmen, die in diesem Land noch Steuern zahlen und von den Bürgerinnen und Bürgern. So gesehen, hat der Steuerzahler und der Gebührenzahler stets die gleiche Jacke an.

Ein staatliches und mithin auch ein städtisches Gefüge kann nur existieren, wenn den notwendigen Ausgaben auch Einnahmen gegenüberstehen. Gesellschaftlich tragfähig ist ein Staat aber nur dann, wenn die Menschen entsprechend ihrer Möglichkeiten auch an den Lasten beteiligt werden. Was wäre das für ein Staat, in dem nur die Eltern von Kindern die Schulen und Kindergärten finanzieren müssten und die Senioren alleine für die Finanzierung der Altenheime aufkommen; in dem ausschließlich die Astronauten die Kosten der Luft- und Raumfahrtforschung bereitstellen und die Anwohner der Rheinpromenade alleine für den Hochwasserschutz der Stadt zuständig wären? Dann gäbe es in dieser unserer Stadt vermutlich keine Bücherei, kein Schwimmbad, kein Theater und schon gar kein Museum mehr. Ein bekannter Emmericher hat vor einigen Tagen einen Satz gesagt, der mir zu denken gab. Er war nicht speziell an die Politik gerichtet, sondern war vielmehr allgemein gehalten. Aber er gilt zu allererst auch für uns. Er sagte: „Es ist nicht die Aufgabe unserer Generation, den Mangel zu verwalten, sondern es ist an uns, die Zukunft zu gestalten“. Wenn aber die Einnahmeseite der Stadt immer weiter zurückgefahren wird und die

finanzielle Entlastung des Einzelnen im Vordergrund der Politik steht, dann wird an dieser Stelle die Zukunft verspielt.

Ich glaube, die Beschlüsse, die der Rat der Stadt im letzten Jahr mehrheitlich getroffen hat, waren auf Zukunft angelegt. Sie verfolgen, wie die Investitionen der vergangenen Jahre, eine konsequente Linie und ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind, die Zukunft der Stadt und die Zukunft der Menschen verantwortlich und zukunftsfähig zu gestalten. So, wie das Gemecker über das Einheitsgrau auf der Promenade von den Emmerichern und den Gästen der Stadt durch ihre Präsenz nicht zuletzt auf dieser Promenade widerlegt wird, so wird auch die Steinstraße nach ihrer Umgestaltung allen Unkenrufen zum Trotz eine deutliche Belebung erfahren. Ob nun nach heutigem Stand die Umgestaltung des Rheinparks wirklich eine Million Euro kostet oder es eine Planung gibt, die von der Politik getragen, auch mit geringeren Kosten auskommt, lassen wir heute mal dahingestellt. Ein Ort, der zum Verweilen einlädt, der für die Kinder einen Spielplatz bietet, zu dem sie gerne kommen und an dem man der Natur und den schützenswerten Bauwerken die Bedeutung zukommen lässt, die sie als Herausstellungsmerkmal an dieser Stelle besitzen – das wären meine Vorstellungen vom Abschluss der Rheinpromenade und die sollten nicht vorrangig und allein vom Kostendruck bestimmt werden.

Seit der letzten Kommunalwahl hat sich das Bild der Stadt Emmerich am Rhein in einem Tempo gewandelt, wie es sich in den Jahren zuvor wohl niemand hätte träumen lassen. Es wurde vieles verwirklicht und doch bleibt auch noch viel zu tun. Der Abzug der Bundeswehr und die Überplanung des Geländes sind nicht nur städtebaulich eine große Herausforderung. Der Abriss des alten Rewe-Centers und die Neugestaltung des Neumarktes wird uns sicherlich eine zusätzliche Belebung der Innenstadt beschern und die Herrichtung des Steintorgeländes verschafft der Stadt Emmerich neue Möglichkeiten für Veranstaltungen und z. B. für die Unterbringung von Touristenbussen.

Das alles sind aber vermutlich schon fast Randthemen im Vergleich zu dem, was uns in diesem Jahr durch die Betuwe und die Belastungen - die auf die Menschen und die Stadt zukommen - noch ins Haus stehen. Wir haben ein beschlossenes Konzept, das von allen politischen Parteien hier am Tisch getragen wird an den Punkten, wo es um Über- oder Unterführungen geht. Wir wissen, mit Lärmschutzwänden lässt sich kein Schönheitspreis gewinnen aber sie sind notwendig, um die gesundheitlichen Beeinträchtigungen für die Menschen nicht noch stärker anwachsen zu lassen. Aber es gibt beim Thema Betuwe noch Punkte, die wir als Rat nicht beeinflussen können. Mit Blick auf unsere niederländischen Nachbarn würde ich mir wünschen, dass die Richtlinien zum Thema Sicherheit, die in Holland Anwendung fanden, auch deutscher oder europäischer Standard würden. Eine Troglösung oder Umfahrung wäre ein wünschenswerter Passus im Vertrag von Warnemünde wert gewesen. Eines weiß ich jedoch ganz sicher: Die Städte an dieser Betuwe-Route mit bestehenden Gesetzen, wie dem Eisenbahnkreuzungsgesetz, finanziell auf Jahre im Regen stehen zu lassen und quasi durch Staatsvertrag in die Haushaltssicherung zu treiben, das werden die Menschen nicht mit sich machen lassen. Wenn das am Ende aller Tage über bleibt, dann wird der Glaube an unser Staatsgefüge schweren Schaden nehmen, weil die finanziellen Lasten auf die abgewälzt werden, die ohne es zu wollen, bereits alle anderen Belastungen und Nachteile hinnehmen müssen und die Gewinner dieses Projektes reiben sich schon heute die Hände.

Doch zurück zu dem, von dem wir glauben, dass es finanziell tragbar und auch in wirtschaftlich schweren Zeiten verantwortbar ist. Wir haben in den Ausschusssitzungen und abschließend im HFA deutlich gemacht, welche Änderungsanträge wir glauben mittragen zu können und wo wir uns außer Stande sehen unsere Zustimmung zu erteilen. Hier sei auch noch einmal deutlich gesagt, die Stadt ist nicht in der Lage, all das aufzufangen, was an finanziellen Kürzungen von Bund und Land – auch von wechselnden Regierungen - durch ihre Gesetzgebung beschlossen wurde.

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2009 ist, wie ich bereits erwähnte, strukturell ausgeglichen und er weist in der Finanzplanung auch für die Folgejahre einen Ausgleich aus. Die Zahlen, die uns heute vorliegen, bilden die Aufgaben und Projekte ab, die im kommenden Haushaltsjahr zu realisieren sind. Keiner weiß heute, wie die wirtschaftliche Lage in unserem Land und weltweit sich mittel- und langfristig entwickeln wird. Wir glauben jedoch, dass auch in einem schwierigen Umfeld dieser Haushalt auf soliden Füßen steht. Politische Verantwortung braucht politische Mehrheiten. Ich hoffe, der städtische Haushalt 2009 findet die politische Mehrheit hier und heute, weil er über das Hier und Heute hinweg die Zukunft dieser Stadt gestaltet.

Ich möchte mich ausdrücklich bei unserem Bürgermeister, Herrn Johannes Diks, bedanken, der eine bürgernahe Politik für die Menschen in dieser Stadt gemacht hat und der dies mit breiter Unterstützung der Bevölkerung auch künftig machen wird – davon bin ich zumindest fest überzeugt. Als Chef der Verwaltung und Vorsitzender des Rates hat er großen Anteil an der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik. Unsere Unterstützung bei der Bewältigung der Aufgaben der Stadt darf ich ihm an dieser Stelle auch für die Zukunft zusichern.

Ich darf im Namen der CDU-Fraktion aber auch den übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, der Gesellschaften und Eigenbetriebe, nicht zuletzt dem Beigeordneten und dem Kämmerer für die geleistete Arbeit danken. Diese Arbeit erstreckt sich ja nicht allein auf die Unterstützung der politischen Arbeit, sondern sie wird deutlich und sichtbar in den vielfältigen Aufgaben, die tagtäglich bewältigt werden: am Bauhof, im Bürgerbüro und an all den anderen Stellen, wo aus Verantwortung gegenüber den Menschen dieser Stadt am Erscheinungsbild und der Entwicklung der Stadt Emmerich am Rhein tatkräftig gearbeitet wird.

Ich stelle den Antrag, der Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Jahr 2009 mit dem Haushaltsplan und den Anlagen, mit den Positionen der Veränderungsliste, dem Stellenplan 2009 sowie dem Investitionsprogramm die Zustimmung zu erteilen und bitte um Ihre Unterstützung.“

Mitglied Spiertz, Vorsitzender der BGE-Ratsfraktion:

"Wie mein Vorredner danke ich zunächst den Mitarbeitern der Kämmerei für den nun vorliegenden ersten doppischen Haushalt. Trotz einiger Software-Probleme wurde dieser – übrigens 70 Seiten dünnere Haushalt – Anfang Dezember vorgelegt.

Die BGE-Fraktion hat sich redlich Mühe gegeben, Herr Bürgermeister, diesen Haushalt gründlich durchzuarbeiten und ihn auch zu verstehen. Allerdings mussten wir feststellen, dass die lange versprochene Transparenz überhaupt nicht eingetreten ist.

Uns kommt das wie ein Schatzkätzchen vor, wo man gar nicht so recht weiß, was eigentlich drin ist.

Die Eröffnungsbilanz liegt noch nicht vor, aber die Bilanz die wir ziehen können, sieht nicht sehr positiv aus:

Die sogenannte Koalition CDU/SPD musste um jeden Preis halten – auch um den Preis des Kinobusses nach Kleve. Ein unglaublicher Vorgang, der eigentlich von der WFÖ in Kleve gesponsert werden müsste.

Die Stadt leistet sich zu viele externe Berater und Planer – wir erinnern hier an den mehrfachen Vorschlag der BGE, zeitbefristet Städteplaner o. ä. einzustellen.

Dann könnte der Rheinpark kostengünstiger geplant werden. Ein Luxuspark für 1 Mio. Euro ist nicht zeitgemäß und nicht notwendig. Wir lehnen dies ausdrücklich ab. Hierzu haben wir, gerade gehört, einen Antrag eingebracht, wonach mit 500.000 € - also immerhin der Hälfte – der Rheinpark umgestaltet und renoviert werden könnte.

Diese 1 Million-Planung ist wieder nur ein Indiz für fehlenden Sparwillen.

Und Emmerich entwickelt sich immer mehr zum Eldorado für Sozialhilfe-Empfänger. Wir haben nicht umsonst die höchste Sozialhilfedichte im Kreis Kleve – und trotzdem schlägt die SPD ungeniert ein Sozialticket für 1,4 Mio. € vor.

Selbstgerecht und selbstherrlich vertuscht die Koalition ihre Fehler – z.B. – ich weiß, dass es hier am Tisch keiner mehr hören kann - PAN wird künstlich und um jeden Preis am Leben gehalten – durch die Verlagerung des KKK- Büros (für 25 T€), die Einrichtung des kommunalen Kinos (für 22 T€) – Kosten also insgesamt von € 47.000. Wirklich ein Fass ohne Boden.

Über erwiesene Fehler in der Entwicklung PAN darf nicht gesprochen werden, um die sogenannte Konsolidierung nicht zu gefährden.

Ein anderer Punkt: Eine Vergrauung der Innenstadt hat stattgefunden – zielgerichtet geht eine Achse vom Alten Markt zum Rathaus, die Steinstraße wurde nach der vorhandenen Killemanie entbaumd und vergraut – Proteste der Bürger werden wie immer ignoriert. Und noch eine Anmerkung: Emmerich besteht nicht nur aus der Rheinpromenade, auch unsere Ortsteile haben viel zu bieten und dürfen nicht vergessen werden.

Ypsilanti-mäßig werden in Emmerich Versprechen von der Ratsmehrheit nicht eingehalten, hier verweisen wir auf die Steuererhöhungen in 2007 und die Aussage des Bürgermeisters am 11.12.07, diese ab 2009 wieder zurückzunehmen.

Im Gegensatz zu 2007 und 2006 ist dieser Haushalt strukturell ausgeglichen, wir sind sogar mit einem satten Kassenbestand von 2 Mio. € gestartet. Die Anmerkung des Bürgermeisters bei der Einbringung dieses Haushaltes, ich zitiere: „Die Finanzlage sieht sehr positiv aus“ steht im krassen Widerspruch zu der Tatsache, dass die Steuern unverändert geblieben sind. Und Sie alle wissen, dass Emmerich als einzige Gemeinde im Kreis über den fiktiven Hebesätzen liegt.

Der Neumarkt – ein ewiges Thema - alle Jahre wieder werden Beträge in den Haushalt eingestellt, diesmal 50.000. Seit 2001 sind schon über 1 Mill. € eingeplant worden. Das Ergebnis kann man täglich auf dem öden Neumarkt sehen.

In wirtschaftlich schlechten Zeiten verfügt Emmerich über keine echte Wirtschaftsförderung, allerdings über eine gut funktionierende Tourismusförderung, wenngleich die veröffentlichten Zahlen uns geschönt erscheinen.

Ein wichtiger Kritikpunkt: Die enormen Folgekosten der Betuwe-Route sind zu wenig eingearbeitet, wir alle wissen, dass Kosten von 17 bis 70 Mill. überhaupt nicht zu schultern sind, finanzielle Vorsorge ist nicht getroffen worden.

Apropos Betuwe: Die beschworene Einheit des Emmericher Rates, zuletzt in der Sitzung am 03.02. hielt nicht mal 2 Wochen, denn die CDU startete nämlich am 15.02. einen Alleingang in Form einer Anzeige mit Unterschriftenaktion.

Darin fordert die CDU jetzt, ich zitiere: „Keine Teilung der Stadt“, ein krasser Widerspruch zu dem mit Mehrheit von CDU und SPD gefassten Ratsbeschluss vom 19.12.1995. Damals hat die BGE-Fraktion für eine Umfahrung des gesamten Stadtgebietes gekämpft, der entsprechende Antrag wurde wie üblich abgelehnt. Die Umfahrung an der BAB 3 wurde nicht zielgerichtet verfolgt.

Und dieselben Fraktionen sind heute über die erschreckenden Auswirkungen für die Bürger und die Kosten für die Stadt in Millionenhöhe erstaunt. Eigenartig kann ich nur sagen.

Auch andere Ansätze der BGE wurden gezielt im Keim erstickt. Warum? Weil sie von uns kamen? Ein krasses Beispiel ist SOS Für diejenigen, die nicht mehr wissen, was SOS bedeutet: „Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit“. Täglich kann man in den Zeitungen von Überfällen, Einbrüchen etc. lesen. Sogar der Stadtschützenkönig wurde auf dem Radweg

überfallen. Wollen wir das wirklich so hin nehmen?

Und bitte sagen Sie nicht schon wieder, die BGE sei ewiger Neinsager und Meckerer. Mit der bewussten Taktik der Informationsverschleppung und Vorab-Beschlüsse im Kreise der CDU- und SPD-Spitze verhindern Sie absichtlich ein faires und offenes Miteinander.

Wie sonst kann es sein, dass in der Presse am 10.02. ein Antrag der CDU über 100.000 € für Rechtsberatung Betuwe steht und dies von der Verwaltung schon am 30.01. in den Haushalt aufgenommen wird? Dem Rat liegt dieser Antrag aber erst am 03.03.vor. Wirklich nur ein Versehen oder vorauseilender Gehorsam ?

Bei dieser Art der Zusammenarbeit sind Objektivität, Sachlichkeit, Ehrlichkeit, Bürgernähe und Respekt voreinander auf der Strecke geblieben.  
Die Einigkeit des Rates wird immer dann beschworen, wenn es der Koalition passt.

Dann verantworten Sie auch alleine diesen Kurs. Wir werden den vorliegenden Haushalt ablehnen. Die Gründe habe ich Ihnen ausreichend dargelegt."

Mitglied Diekman, Vorsitzender SPD-Ratsfraktion:

"Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,  
heute liegt uns der erste Haushalt nach der NKF, der neuen kommunalen Finanzwirtschaft zur Abstimmung vor. Und so schlecht sieht es auf den ersten Blick gar nicht aus. Im Gegenteil, plangemäß wollen wir in 2009 sogar einen Überschuss erwirtschaften. Ich denke dennoch, wir sollten uns nicht alzu leicht in Hochstimmung versetzen lassen, wir leben immer noch in Emmerich und unsere Probleme haben sich nicht in Luft aufgelöst.

Der Haushalt zeigt nach der Umstellung systembedingt ein anderes Gesicht. Er verlangt von uns, in Zukunft aber vor allem, dass wir jährlich Abschreibungen erwirtschaften. Wir müssen also in den nächsten Jahren den Wertverlust durch Abnutzung unseres Vermögens, wie Gebäude, Straßen oder Schulen wieder ausgleichen. Die alte Kameralistik hat uns da erlaubt wegzusehen und den Wertverlust nicht zu berücksichtigen.

Die Folge war, dass wir, wie alle Städte und Gemeinden im Land, mehr oder weniger von der Substanz gelebt haben und das unsere Infrastruktur veraltet. Sicher, Emmerich hat schon immer Finanzkraft genug, mehr als andere zu tun, die schlimmen Auswirkungen des Wirtschaftens nach alten Standards waren hier nie so greifbar, wie z. B. in den großen Ruhrgebietsstädten. Das NKF wird auch uns in Zukunft zu einer konrrekten Buchführung zwingen.

Einen ausgeglichenen Haushalt wird es dann nur noch geben, wenn wir nicht nur so viel einnehmen wie wir ausgeben, sondern wenn wir auch alle Absschreibungen erwirtschaften. Das wird uns noch vor erhebliche Probleme stellen.

Dazu kommt, dass wir erheblichen Neuinvestitionsbedarf haben, vor allem bei der Finanzierung unserer Eigenbeteiligung der Bahnüber- und -unterführungen. Die schwindelerregenden Summen, die da im Raum stehen, überschreiten schlicht unser wirtschaftliches Leistungsvermögen. Wir müssen auch weiterhin darauf bestehen, dass die Betuwe-Linie, die dem wirtschaftlichen Nutzen anderer dient, uns nicht in den Ruin führt. Wir bitten nicht nur darum, wir verlangen, dass uns bei Lärmschutz und Verkehrsführung zumutbare und bezahlbare Lösungen angeboten werden. Ich bin dankbar dafür, dass wir uns hier in diesem Raum alle einig sind, dass wir uns nicht mit weniger zufrieden geben dürfen und Mittel bereitzustellen, um unsere Ansprüche, zur Not auch gerichtlich, geltend machen.

Am Rande: Wenn ich jetzt in der Zeitung von einer Bürgerinitiative aus Wesel und Hamminkeln lese, die erwartet, dass wir doch selbstverständlich eine Trassenführung entlang der Autobahn verlangen müssten, dann frage ich mich, wo die Initiative eigentlich war, als der Rat vor 10 Jahren für diese Position geworben hat und Unterstützung gesucht hat. Glaubt irgend jemand wirklich, wir hielten die Lärmsschutzwände für eine Verschönerung der Stadt? In den Köpfen der Menschen scheint nicht angekommen zu sein, dass die Bahn für die Abwicklung des Güterverkehrs bis heute weder ein drittes Gleis noch Lärmsschutz für erforderlich hält. Wir haben dafür kämpfen müssen und wenigstens das durchgesetzt. In jedem Fall werden wir an den finanziellen Folgen der Baumaßnahmen an der Bahnstrecke noch lange zu tragen haben, auch dann, wenn alle unsere Wünsche erfüllt werden. Hier liegen erhebliche Risiken für die kommenden Haushaltsjahre. Risiken dürfen wir auch von der gegenwärtigen katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklung erwarten.

Wer glaubt denn noch, dass die Gewerbesteuereinnahmen nicht sinken werden oder dass die Sozialabgaben nicht steigen werden. Wir man angesichts solcher Risiken für unsere künftigen Haushalt davon sprechen kann, dass jetzt die Zeit für eine Gewerbesteuerenkung gekommen ist, ist mir völlig unverständlich.

Trotz aller Probleme: Wir sind stolz darauf, dass es unserer Fraktion gelungen ist, die Elternfreibeträge für Kindergartenkinder auf 20.000 € anzuheben. Wir wollen, dass die richtige Kinderbetreuung keine Frage des Geldbeutels ist. Wir könnten auch den Zuschuss für Lernmittel auf die Schüler der Klasse 11 - 13 ausdehnen, auch wenn der betroffene Personenkreis nicht so groß ist, ist der Zuschuss für den Einzelnen besonders wichtig. Chancengerechtigkeit in der Bildung darf nicht bei Hartz IV-Empfänger enden. Das gilt auch für die Mobilität, deshalb werden wir weiter nach bezahlbaren Alternativen für ein Sozialticket suchen. In der Kommunalpolitik ist es wie im richtigen Leben. Manche Dinge gelingen, manche nicht.

Wenn ich uns selbst in dieser Beziehung einmal loben darf was unserer Meinung nach im letzten Jahr besonders gut gelungen ist, ist die Einbindung der Bürger in die Planung der Rheinparkgestaltung. Gemeinsam mit Emmericher Bürgern und Vereinen haben wir Vorschläge auf den Tisch gelegt, die als Grundlage für die konkrete Planung dienen können. Dabei haben wir festgestellt, dass die Emmericher für die Verbesserungen offen sind, aber keine grundlegende Änderung wollen. Daran werden wir uns halten. Für wichtig halten wir die Aufwertung des Hauses im Park. Auch hier, denken wir, liegen die richtigen Vorschläge schon bereit. Ob jetzt die im Haushalt vorgegesehene Summe für die Umgestaltung des Parks benötigt wird oder ob sie zu hoch ist, ist dagegen aus unserer Sicht, nicht ganz so wichtig. Sicher ist nämlich, dass wir von dieser Summe nur ausgeben wollen, was tatsächlich gebraucht wird. Und das wir für eine behutsame Umgestaltung mit wenigen, aber wichtigen Maßnahmen sind, haben wir schon deutlich gemacht.

Eine eindeutige Meinung haben wir auch zu der Frage des kommunalen Kinos. Kommunales Kino in Emmerich ist gut und richtig, aber niemand sollte glauben, dass kommunales Kino etwas mit dem bisherigen Angebot zu tun hat. Jugendliche wollen Blockbuster und kein Programm kino. Und wir wollen denen, die nicht so mobil sind, z. B. auch aus finanziellen Gründen, ein Angebot machen. Deshalb halten wir an der Idee für den Kinobus fest. Die vereinbarte Probephase wird zeigen, ob wir den Bedarf richtig eingeschätzt haben.

Was uns fehlt in diesem Haushalt ist das eindeutige finanzielle Bekenntnis der Stadt zu den Rock-Over-Festival. Kultur ist nicht nur das, was im Theater oder im Museum stattfindet, wer auch junge Menschen erreichen will, muss auch andere Wege gehen. Die Macher von Rock-Over haben da in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Vorarbeit geleistet und diese ganze Arbeit droht jetzt zu versanden, weil die Verwaltung das Versprechen des Bürgermeisters nicht umsetzen kann. Ich kann nicht glauben, dass es für das Festival in Emmerich keinen Platz gibt und bitte mit Nachdruck darum, dass den Worten jetzt auch Taten folgen.

Dieser Haushalt ist nicht nur der erste NKF-Haushalt, es ist auch der letzte den der Rat in seiner heutigen Zusammensetzung beschließen wird. Es stehen Kommunalwahlen an. Ich bedauere ausdrücklich, dass die Landesregierung nicht den Mut hat, Kommunal- und Bundestagswahlen zusammenzulegen, wie es der gesunde Menschenverstand eigentlich verlangen müsste. Natürlich würde das auf der einen Seite eine Vermischung von bundespolitischen Themen mit kommunalpolitischen Themen bedeuten. Auf der Habenseite steht aber ein erheblicher Aufwand von Kosteneinsparungen und vor allem die Chance auf eine gute Wahlbeteiligung. Ich bin einmal gespannt, wie die Verwaltung es schaffen will, für drei aufeinanderfolgende Wahlen genug Wahlhelfer zu verpflichten. Und wenn es sich nicht ändert, werden wir, das ist jetzt schon sicher, an jedem Wahlabend die Köpfe über die geringe Wahlbeteiligung schütteln. Wir alle wissen, dass eine geringe Wahlbeteiligung nicht nur Anzeichen für das zu bedauernde Desinteresse unserer Demokratie ist, wer Wahlmüdigkeit auch noch fördert, stärkt die extremen Kräfte am rechten und linken Rand. Ich werfe der Landesregierung und dem Ministerpräsidenten persönlich vor, dass sie genau das aus partei- und koalitionsstaktischem Kalkül in Kauf nehmen. Damit schaden sie unserem Land insgesamt.

Deshalb appelliere ich an dieser Stelle ausdrücklich, den getrennten Wahltermin noch einmal zu überdenken. Mehrheitsbildung im Rat ist in den letzten Jahren schwieriger geworden. Ich denke z. B. an die Erhöhung der Abwassergebühren, die von der CDU alleine getragen wurde und nur durch Enthaltung anderer möglich war. Mehrheiten zu finden wird im neuen Rat sicherlich nicht leichter sein, als heute. Das kann man jetzt schon sagen. Ob wir für eine Zusammenarbeit wie bisher zur Verfügung stehen werden, muss die neue Fraktion entscheiden. Ich bin aber sicher, dass wir künftig abweichende Voten unseres Partner im Wesentlichen fragen, z. B. Abstimmung zum Landhaus, die neue Autobahnauffahrt unter diesen Bedingungen überhaupt noch mittragen könnten.

Unter dem Strich glaube ich trotzdem, dass die ausklingende Ratsperiode für Emmerich eine erfolgreiche Zeit mit großen Veränderungen war.

An unseren Anteil daran, denken wir gerne. Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt 2009 zu. Schönen Dank meine Damen und Herren, dass Sie mir zugehört haben."

Mitglied Siebers, Vorsitzende der Ratsfraktion "Bündnis 90/Die GRÜNEN:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, liebe Gäste, Haushaltsreden werden für gewöhnlich gerne zur Lobpreisung oder zur Generalabrechnung mit der Politik des letzten Jahres genutzt.

Wenn frau so wie ich an vierter Stelle der Rednerliste steht, so ist vieles bereits gesagt worden, so dass ich das Zahlenwerk im Einzelnen nicht wiederholen möchte.

Vera non cunctis grata (seneca) bedeutet übersetzt: „Die Wahrheit ist nicht allen angenehm“.

Dieses Motto möchte ich aufgreifen und die Haushaltsberatungen in den Ausschüssen Revue passieren lassen.

Auch wenn ich grundsätzlich positives Denken und Aufbruchstimmung befürworte, kann ich nicht umhin, anzumerken, dass sich die Fraktionen von CDU und SPD die Zukunft Emmerichs schön reden.

Wie schon Bertold Brecht bemerkte, werden Schwierigkeiten nicht dadurch überwunden, dass sie verschwiegen werden.

Unseres Erachtens reicht es nicht aus, wenn der Haushalt strukturell ausgeglichen ist, die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise im Haushalt aber keinen Niederschlag finden.

Ist es nicht illusorisch, angesichts der Banken- und Finanzkrise mit

Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 14.300 TEU zu rechnen?

Wir meinen, dass Sie damit Ihre Kalkulationen mehr als je zuvor auf ganz dünnes Eis gestellt haben.

Durch die Erschließung neuer Baugebiete sollen die Einwohnerzahl und die Gewerbesteuereinnahmen erhöht werden.

Tatsächlich geht der Versuch, der demographischen Entwicklung durch Ausweisung neuer Baugebiete auf der grünen Wiese entgegen zu wirken, in die falsche Richtung. Dies führt nämlich zwangsläufig zu Überkapazitäten und zu einer Vernachlässigung von sanierungsbedürftigen Flächen in der Innenstadt.

Gemäß der Gemeindeordnung haben die Kommunen die Aufgabe, das Wohl der Einwohner zu fördern. Die Gemeinden sollen zugleich in Verantwortung für die künftigen Generationen handeln.

Gefordert ist also ein nachhaltiges Handeln, das heißt, wir müssen uns so verhalten, dass auch die künftigen Generationen ein lebenswertes Leben führen können.

Diese Forderung liegt allen von uns gestellten Anträgen zugrunde.

In den Ausschussberatungen zeigte sich deutlich, was vor allem die Fraktionen von CDU und SPD von der von uns angeregten nachhaltigen Umweltpolitik halten. Sie lehnen sie schlichtweg ab!

Es ist ein Trauerspiel und kaum vorstellbar, dass unser Vorschlag zur Bereitstellung eines Geburten- und Hochzeitswaldes mehrheitlich abgelehnt wird mit der Begründung, dafür seien zurzeit keine Flächen vorhanden.

Dieselben Politiker, die an der Budberger Straße eine Riesenfläche versiegeln ließen, wollen uns ernsthaft glauben machen, dass keine Fläche für ein zusätzliches Waldstück freigegeben werden kann!

Und das, obwohl allen hier am Tisch sitzenden Personen bekannt ist, dass Emmerich die waldärmste Stadt im Kreis ist!

Unser unermüdlicher Einsatz für den Erhalt von Bäumen in der Stadt Emmerich am Rhein wird als „grüne Spinnerei“ abgetan und belächelt.

Aber, meine Damen und Herren, Sie sollten sich die Auswirkungen Ihres Handelns sowohl für unsere Bürgerinnen und Bürger, als auch für unsere Gäste vor Augen führen.

Einerseits brüsten Sie sich mit den erfreulichen Zahlen des expandierenden Tourismus in unserer Stadt, andererseits, wie sollen zukünftig Ausflüge und Fahrradtouren angeboten und geführt werden, wenn es immer weniger Bäume und immer mehr Baugebiete und Gewerbeflächen gibt?

Es ist völlig unverständlich, dass sich eine Gemeinde, die sich mit dem European Energy Award für ein Projekt schmückt, dagegen sperrt, die Rentabilität weiterer Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden zu prüfen und voranzubringen.

Hat hier vielleicht mal wieder die „falsche“ Fraktion den Antrag gestellt? Diese Erfahrung haben wir in der Vergangenheit leider nur zu oft gemacht. Ich erinnere nur daran, dass unser verstorbener Fraktionsmitglied Franz Maiß damals belächelt worden ist, als er sich vehement für eine Photovoltaikanlage auf dem Dach des Gymnasiums einsetzte.

Muss erst wieder wertvolle Zeit ins Land gehen, bis auch die konservativen Kräfte in unserer Stadt die Zeichen der Zeit endlich erkennen?

Es ist allgemein bekannt, dass wir GRÜNEN schon jahrelang den Flächenfraß und die rasante Ausweisung neuer Bau- und Gewerbegebiete kritisieren.

Wir plädierten stets für ein moderates Wachstum. Doch bevor die langfristigen Auswirkungen eines Baugebiets auf den Straßenverkehr, auf die zusätzlichen Aufgaben der Verwaltung, auf die Schul- und Kinderbetreuungsplätze, auf die Bauhofaufgaben und auf die übrigen Faktoren deutlich werden, macht man sich schon wieder an die Vermarktung von neuen Flächen.

Das geht ganz eindeutig auf Kosten der nachfolgenden Generationen. Denn diese haben später nicht mehr die Möglichkeit, größere Vorhaben zu verwirklichen. Die Fläche ist nämlich nicht vermehrbar!

Kinder sind das Kapital einer Gesellschaft. Investitionen in dieses Kapital sind sicher und gut. Darin dürften wir uns einig sein.

Darum finden wir es selbstverständlich, dass die Betreuungssituation für unter dreijährige in Emmerich auf einem guten Stand ist und sich auch die Situation der Schulkinder durch das OGATA-Angebot verbessert hat.

Es ist für uns aber überhaupt nicht nachvollziehbar, dass unser Antrag, das Mobiliar des Gymnasiums endlich den Notwendigkeiten anzupassen, von allen anderen Parteien abgelehnt wurde.

Erwachsene Schülerinnen und Schüler haben ein Recht darauf, auf Stühlen zu sitzen, die ihrer Körpergröße angemessen sind. Schließlich verbringen sie viele Schulstunden auf diesen Stühlen. Wenn die Einsicht in diese Notwendigkeit fehlt, sollte man seinen bequemen Ratsstuhl mit einem viel zu kleinen Stuhl tauschen. Ich bin mir sicher, wir hätten nur noch kurze Sitzungen.

Wer Tausende von EURO in die überflüssige Neugestaltung der Steinstraße investiert, kann nicht ernsthaft das notwendige Mobiliar wegen der Kosten ablehnen!

### **FAZIT der GRÜNEN:**

Der Haushaltsentwurf 2009 entspricht nicht unseren Vorstellungen von Politik für unsere Bürgerinnen und Bürger und für die kommenden Generationen, so dass wir den Haushalt 2009 ablehnen.

- Wir vermissen Vorbildfunktion und Anreize in Sachen Klimaschutz und erneuerbarer Energien!
- Wir vermissen einen schonenden und verantwortungsbewussteren Flächenverbrauch!
- Wir vermissen die Weitsicht, die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung angemessen zu berücksichtigen!
- Wir vermissen eine Gemeindepolitik, die unsere Natur und unsere Lebensgrundlage pflegt, schützt und erhält!

Zum Schluss meiner Rede sei an die Weisheit der Cree-Indianer erinnert:

„Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr feststellen, dass man Geld nicht essen kann.“

Unser Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Mitglied Kukulies, FDP-Ratsmitglied:

"Sehr verehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Mitglieder des Rates , sehr geehrte Damen und Herren!

'Alle Jahre wieder' trifft für den Haushaltsplan 2009 nicht ganz zu, verabschieden wir doch den ersten Haushalt nach dem System der doppelten Buchführung.

In Informationsveranstaltungen für die Ratsmitglieder haben die Mitarbeiter des Fachbereichs 2 uns die neuen NKF- Regelungen und die „Doppik“ nahe gebracht, vielen Dank hierfür.

Da wir heute schon einiges an Zahlenwerk gehört haben, möchte ich mich in meiner Haushaltsrede kurz fassen und meine Ausführungen auf das Wesentlichste beschränken.

Ich freue mich, dass wir keine Einschnitte an Zuweisungen und freiwilligen Zuschüssen in sozialen und kulturellen Bereichen hinnehmen müssen.

Positiv auch, das wir den prognostizierten Schuldenstand von rund 20 Mio. € für das Jahr 2008, um 1,5 Mio. € unterschritten haben.

Dieser positive Trend wird sich in den Folgejahren leider nicht fortsetzen lassen, wir peilen in 2009 wieder rund die 20 Mio. € Schuldenmarke an.

Der Ansatz der Gewerbesteuer wird durch die Auswirkungen aus der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht zu halten sein, auch sind die Folgen der Unternehmenssteuerreform noch nicht abzusehen. Hierzu hatte der Stadtkämmerer schon ausgeführt.

Bei den Investitionen vermisse ich das nötige Augenmaß. So schlagen in diesem Jahr die unnötigen Kosten für die Umgestaltung der Steinstraße zu Buche. Politisch durchdiskutiert ist auch der Umzug der Skateranlage noch nicht, dennoch werden 75.000 € in den Haushalt eingestellt, die Wiederherstellungskosten der alten Anlage sind nur mit ca. 35.000 € beziffert.

Sehr großzügig plant man mit 1 Mio. € für die Umgestaltung des Rheinparks für das Jahr 2010/11.

Leider wird versäumt, ausreichend Gelder in die Rücklagen für unser Jahrhundertprojekt, das Bahnübergangsbeseitigungskonzept, zu stellen. Sollten uns Land und Bund bei der Finanzierung der notwendigen Maßnahmen hängen lassen, droht eine Überschuldung über Jahrzehnte hinaus. Das Motto sollte hier sein: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“.

Wer nun meint, die aufgeführten Kritikpunkte seien nur eine Marginalie zum Gesamtvolumen des Haushalts, der irrt; denn jeder noch so kleine Rechenfehler führt zu einem falschen Ergebnis.

Kritisch sehe ich die Entwicklung bei den Eigenbetrieben Kommunalbetriebe Emmerich am Rhein, hier besonders die Beratung und Festsetzung der Abwassergebühren.

Ich lehne daher diesen Haushaltsplan ab."

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Der Rat beschließt

**1. die nachfolgende Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2009 mit Haushaltsplan und Anlagen:**

Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2009

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes über die Zusammenlegung der allgemeinen Kommunalwahlen mit den Europawahlen vom 24 Juni 2008 (GV NRW S. 514), hat der Rat der Stadt Emmerich am Rhein mit Beschluss vom 17.03.2009 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit Gesamtbetrag	
der Erträge auf	52.094.519 Euro
der Aufwendungen auf	51.009.121 Euro

im Finanzplan mit Gesamtbetrag	
der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	47.663.507 Euro
der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	47.447.280 Euro

der Einzahlungen aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit auf	7.147.627 Euro
der Auszahlungen aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit auf	8.704.073 Euro

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf 2.200.000 Euro festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 715.425 Euro festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf 0 Euro festgesetzt.

## § 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000.000 Euro festgesetzt.

## § 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2009 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	220 v.H
1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	400 v.H
2. Gewerbesteuer auf	425 v.H.

## § 7

entfällt

## § 8

Der Kämmerer oder der für das Finanzwesen zuständige Bedienstete entscheidet über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben. Über- und außerplanmäßige Ausgaben ab 50.000 Euro im Einzelfall bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates der Stadt nach § 83 GO NRW. Kalkulatorische Kosten, Innere Verrechnungen sowie außer- und überplanmäßige Tilgungen und Kreditumschuldungen bleiben hiervon unberührt.

Die Grenze erheblicher Abweichungen i.S. v. § 81 Abs. 2 Ziffer 1 und 2 GO NRW wird auf 2.000.000 Euro der Aufwendungen des Haushaltsjahres festgesetzt.

Die Geringfügigkeit von Investitionen i.S. v. § 81 Abs. 3 Ziffer 1 GO NRW wird auf 2.000.000 Euro der Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten festgesetzt.

Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen ab 50.000 EUR gelten gem. § 85 Abs. 1 GO NRW i.V.m. § 83 Abs. 2 GO NRW als erheblich und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates.

## § 9

Die im Stellenplan enthaltenen Vermerke "künftig umzuwandeln" (ku) und "künftig wegfallend" (kw) werden bei Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaber/innen aus diesen Stellen wirksam.

### den Stellenplan 2009

Beratungsergebnis: 20 Stimmen dafür, 13 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

#### IV. **Anträge an den Rat**

##### **13 01 - 14 1035/2009 Resolution zur Kommunalwahl**

Mitglied Diekman erläutert den vorliegenden Antrag der SPD-Ratsfraktion und bittet den Rat, dem Antrag zuzustimmen. Seine Fraktion beantragt, über den vorliegenden Antrag abzustimmen.

Die Ratsmitglieder Gertzen und Kukulies schließen sich dem Antrag der SPD-Fraktion nicht an.

Mitglied Sickelmann schließt sich dem Antrag der SPD-Ratsfraktion an.

Nach kurzer Diskussion lässt der Vorsitzende über den Antrag von Mitglied Diekman abstimmen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein fordert die Landesregierung NRW auf, die Kommunalwahl zusammen mit der Bundestagswahl am 27. September 2009 durchzuführen.

Beratungsergebnis: 9 Stimmen dafür, 22 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

Somit ist der Antrag der SPD-Ratsfraktion abgelehnt.

Der Vorsitzende lässt über die Tagesordnungspunkte 14 - 16 zusammen abstimmen.

##### **14 02 - 14 1047/2009 Anträge der Ratsfraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN zum Haushalt 2009**

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Antrag wurde im Ausschuss für Stadtentwicklung am 17.02.2009 im Rahmen des Haushaltsplanes 2009 beraten und mehrheitlich abgelehnt.

Die Beratung im Rat erfolgte unter Tagesordnungspunkt 12 im Rahmen des Ratsbeschlusses zur Haushaltssatzung 2009.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

##### **15 02 - 14 1040/2009 Anträge der SPD-Ratsfraktion zum Haushalt 2009**

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu 1. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2009 hat der Haupt- und Finanzausschuss am 03.03.2009 mehrheitlich dem Rat empfohlen, den Elternfreibetrag für den Besuch von Kindergärten auf 20.000 EUR und in weiteren Schritten auf 25.000 EUR zu erhöhen.

Zu 2. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2009 hat der Haupt- und Finanzausschuss am 03.03.2009 mehrheitlich dem Rat empfohlen, 1.500 EUR in den Haushalt 2009 für die Übernahme des Elternanteils für Lernmittel der Klassen 11-13 des Gymnasiums und des Berufskollegs bei Eltern im SGB-II-Bezug aus städtischen

Mitteln aufzunehmen.

- Zu 3. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2009 hat der Haupt- und Finanzausschuss am 03.03.2009 dem Rat empfohlen, 5.000 EUR für eine Querungshilfe auf dem Neuen Steinweg bereitzustellen; der Ansatz wird mit einem Sperrvermerk versehen, weil die Maßnahme noch in die Planungen zur Umgestaltung des Neumarktes einzubeziehen ist.
- Zu 4. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2009 hat der Haupt- und Finanzausschuss am 03.03.2009 einstimmig die Verweisung an den Sozialausschuss beschlossen
- Zu 5. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2009 wurde der Antrag bereits am 03.03.2009 im Haupt- und Finanzausschuss erörtert. Die SPD-Fraktion wird zu der Einführung des Sozialtickets einen neuen Prüfauftrag an die Verwaltung stellen; dieser soll dann im Sozialausschuss beraten werden.

Die Beratung des Gesamtantrages im Rat erfolgte unter Tagesordnungspunkt 12 im Rahmen des Ratsbeschlusses zur Haushaltssatzung 2009.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**16 02 - 14 1037/2009 Senkung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B auf den fiktiven Hebesatz**

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss am 03.03.2009 im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2009 mehrheitlich abgelehnt.

Die Beratung im Rat erfolgte unter Tagesordnungspunkt 12 im Rahmen des Ratsbeschlusses zur Haushaltssatzung 2009.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**17 04 - 14 1029/2009 Mobiliar in den Schulen**

Mitglied Beckschaefer stellt den Antrag, gemäß Stellungnahme der Verwaltung zu verfahren.

Im Zusammenhang mit der Einführung des NKF zum 01.01.2009 ist der Verwaltung durch die vorgenommene Inventarisierung des Anlagevermögens der Bestand und Zustand des Klassenmobiliars bekannt. Für die Bewertung des Klassenmobiliars wurden Festwerte gebildet, dieses impliziert, dass die Bestände regelmäßig erneuert werden.

Im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zum Haushaltsplan melden die Schulen ihren Bedarf beim Fachbereich Jugend, Schule, Sport an. Im Rahmen des finanziell Machbaren finden die Anträge überwiegend Berücksichtigung im Haushaltsplanentwurf.

Die in den Haushaltsplanentwurf 2009 aufgenommenen Sonderbedarfe, davon für den Haushalt 2009

- Klassenmobiliar in Gesamthöhe von 10.700 EUR,
- für 3 Wandtafeln 2.200 EUR,
- für Overhead-Projektoren 1.725 EUR und
- für weiteres Schulmobiliar 13.800 EUR,

wurde den Schulleitern in der Schulleiterbesprechung am 17.12.2008 mitgeteilt. Bis zur Sitzung des Schulausschusses am 11.02.2009 gab es von Seiten der Schulleitungen keine Beanstandungen zur Berücksichtigung der angegebenen Mehrbedarfe..

Die Erläuterungen im Haushaltsplan zur "Unterhaltung der Schulausstattung und Geräte" führen für das Haushaltsjahr 2009 die Pauschale und den zusätzlichen Sonderbedarf auf. Es wird darin weiter erläutert, dass "für die Folgejahre zunächst nur die Pauschalen eingeplant sind". Weiterer Sonderbedarf für die Ersatzbeschaffung von Klassenmobiliar ist damit nicht ausgeschlossen worden und wird schließlich von der dann aktuellen Haushalts- und Finanzlage abhängen.

#### Beschlussvorschlag :

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt - unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit - den Austausch von Schulmobiliar in den nächsten Haushaltsjahren fortzuführen.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Der Vorsitzende lässt über die Tagesordnungspunkt 18 - 24 zusammen abstimmen.

#### **18 04 - 14 1042/2009 Angemessenes Mobiliar für das Willibrord -Gymnasium**

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Das Thema wurde bereits im Schulausschuss am 11.02.2009 beraten. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2009 hat der Haupt- und Finanzausschuss am 03.03.2009 mehrheitlich beschlossen, den Ansatz für Schulmobiliar nicht zu erhöhen.

Die Beratung des Antrages im Rat erfolgte unter Tagesordnungspunkt 12 im Rahmen des Ratsbeschlusses zur Haushaltssatzung 2009.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

#### **20 05 - 14 1039/2009 Schulwegsicherung in Vrsasselt**

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Antrag wurde bereits am 11.02.2009 im Ausschuss für Stadtentwicklung im Rahmen des Haushaltsplanes 2009 beraten. Die Verwaltung sagt der Aufstellung einer Straßenlaterne an der Schulbushaltestelle aus dem Gesamtansatz für die Erweiterung der Straßenbeleuchtung zu.

Die Beratung im Rat erfolgte unter Tagesordnungspunkt 12 im Rahmen des Ratsbeschlusses zur Haushaltssatzung 2009.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**21 05 - 14 1041/2009 Beauftragung eines Planungsbüros zur rechtlichen und planerischen Unterstützung in den Verhandlungen zum Ausbau der Betuwe -Linie**

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Antrag wurde im Rahmen der Haushaltsplanberatungen am 03.03.2009 bereits im Haupt- und Finanzausschuss erörtert. Die beantragten Haushaltsmittel sind bereits in der vorgelegten Veränderungsliste enthalten, so dass kein weiterer Beratungsbedarf mehr vorliegt.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**23 07 - 14 1043/2009 Einführung eines Sozialpasses**

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Antrag wurde bereits am 03.03.2009 im Haupt- und Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2009 erörtert.

Verweisung an den Sozialausschuss.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**24 41 - 14 1038/2009 Einsatz eines Kinobusses**

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2009 haben der Kulturausschuss am 26.02.2009 und der Haupt- und Finanzausschuss am 03.03.2009 mehrheitlich beschlossen, für eine Versuchsphase 5.000,- EUR bereitzustellen.

Die Beratung im Rat erfolgte unter Tagesordnungspunkt 12 im Rahmen des Ratsbeschlusses zur Haushaltssatzung 2009.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

## 25                    **Mitteilungen und Anfragen**

### Mitteilungen

1.            Römerpark "Carvium Novum" in Lobith;  
              hier: Mitteilung von Herrn Kemkes

Herr Kemkes berichtet von einer Informationsveranstaltung betr. dem o. g. Römerpark. Die Planungen sind überwiegend ausgereift und liegen offen. Aus Sicht der Verwaltung werden keine nennenswerten Bedenken hinsichtlich der Verkehrsbelastung in Elten gesehen. Die Verkehrsgutachten kommen durchschnittlich zu einer Verkehrssteigerung von 4 - 7 % und an Spitzentagen zwischen 9 und 15 %. Die Verwaltung wird in ihrer Stellungnahme darauf hinweisen, dass bei der Umsetzung der Planung Wert darauf gelegt wird, dass durch eine geeignete Zielbeschilderung die Verkehre über die örtlichen und überörtlichen Verkehrsnetze des niederländischen Raums geführt werden. Weiterhin wird in Zevenaar ein weiterer Autobahnanschluss (2013 - 2015) geplant über den der Verkehr abfließen wird. Der Themenpark wird voraussichtlich 2015 - 2016 fertiggestellt sein.

### Anfragen

1.            Verkehrsprobleme in Elten;  
              hier: Anfrage von Mitglied Jansen

Mitglied Jansen ist sehr erstaunt über die Aussage der Verwaltung zum o. g. Römerpark. In Elten sind die Verkehrsaufkommen zum jetzigen Zeitpunkt schon sehr hoch und werden mit der Eröffnung des Römerparks mit hoher Wahrscheinlichkeit noch zunehmen. Seiner Meinung nach können den Eltener Bürgern nicht noch höhere Verkehrsbelastungen zugemutet werden. Insofern kann er die Aussage der Verwaltung nicht nachvollziehen.

Erster Beigeordneter Wachs macht deutlich, dass die Verwaltung zum Planungsverfahren Stellung nimmt. Die Verwaltung wird in dieser Stellungnahme deutlich machen, dass keine Mehrverkehre in Elten mehr hingenommen werden können. Da die Stellungnahme am kommenden Mittwoch bereits in Rhijnwaarden vorliegen muss, wurde diese Stellungnahme nicht mehr dem Fachausschuss vorgelegt. Daher wurde dieses heute unter Mitteilungen der Verwaltung bekanntgegeben.

Mit der Eröffnung des Parks wird sich auch die Verkehrsentwicklung in Elten darstellen und die Verwaltung wird dann entsprechend reagieren.

Mitglied Tepsaß fragt nach, ob von Seiten der Niederlande die Planer des Parks sowie der Wethouder die Planungen im Ausschuss für Stadtentwicklung einmal vorstellen können.

2.            Waldhotel Elten;  
              hier: Anfrage von Mitglied Jansen

Auf entsprechende Anfrage von Mitglied Jansen teilt die Vorsitzende mit, dass bezüglich des Waldhotels Elten derzeit Gespräche geführt werden.

26

**Einwohnerfragestunde**

1. Betuwe-Linie;  
hier: Anfrage von Herrn Karl-Heinz Jansen

Herr Jansen fragt nach, ob der Rat bereit ist, den in 1999 gefassten Beschluss erneut zu beraten.

Der Vorsitzende verweist auf die vom Rat gefassten Beschlüsse. Sollten Änderungswünsche hinsichtlich der gefassten Beschlüsse vorliegen, steht den Bürgern die Möglichkeit offen, eine Eingabe an den Rat zu stellen.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.45 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

Vorsitzender

Schriftführerin